

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 13.06.2013**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 17:03 Uhr bis 18:42 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Ausschussvorsitzende	
Herr Jürgen Busse	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.	anwesend ab 17:10 Uhr
Frau Birgit Leibrich	parteilos	
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	
Frau Katja Raab	FDP	vertrat Frau Fleischer, Beate
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	
Herr Dr. Justus Brockmann	SKE	
Frau Julia Burghardt	SKE	
Frau Marion Krischok	SKE	anwesend ab 18:02 Uhr
Herr Stefan Schulz	SKE	
Herr Dr. Bernd Wiegand	OB	
Herr Steffen Johannemann	Verwaltung	
Frau Rita Lachky	Verwaltung	
Herr Lutz Müller	Verwaltung	
Herr Rene Müller	Verwaltung	
Herr Oliver Paulsen	Verwaltung	
Frau Martina Wildgrube	Verwaltung	

Entschuldigt fehlen:

Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	wird vertreten durch Herrn Klaus Hopfgarten
Frau Beate Fleischer	FDP	wurde vertreten durch Frau Raab, Katja
Herr Christoph Bernstiel	SKE	
Herr Dr. Wilfried Fuchs	SKE	
Herr Hans-Jürgen Schiller	SKE	
Frau Dr. Regina Schöps	SKE	

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten wurde von Frau **Elisabeth Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses**, eröffnet und geleitet.

Frau Krausbeck stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt. Sie teilte mit, dass die CDU-Fraktion den Antrag gestellt habe, eine „aktuelle Stunde“ zum Thema „Hochwasser in Halle“ auf die Tagesordnung zu nehmen. Dies wurde durch den Oberbürgermeister befürwortet. Die „aktuelle Stunde“ solle direkt im Anschluss an diesem Tagesordnungspunkt erfolgen.

Weiterhin wies sie darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt 3.2 abgesetzt werden müsse, da die Niederschrift erst als Tischvorlage verteilt wurde.

Es gab keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung.

Frau Krausbeck bat um Abstimmung der geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur Tagesordnung: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Mitteilung des Oberbürgermeisters zum Hochwasser in Halle
4. Genehmigung der Niederschriften
 - 4.1. Genehmigung der Niederschrift vom 11.04.2013
 - 4.2. Genehmigung der Niederschrift vom 08.05.2013
5. Beschlussvorlagen abgesetzt
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beteiligung der Stadt Halle an der Earth Hour-Aktion
Vorlage: V/2013/11636
 - 6.2. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zu Mitgliedschaften der Stadt Halle
Vorlage: V/2013/11533
 - 6.2.1. Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zu Mitgliedschaften der Stadt Halle [V/2013/11533]
Vorlage: V/2013/11600

- 6.2.2. Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zu Mitgliedschaften der Stadt Halle (V/2013/11533)
Vorlage: V/2013/11661
- 7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 7.1. Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Feuerwehrbeschaffungskartell
Vorlage: V/2013/11758
- 8. Mitteilungen
- 8.1. Bericht zum Winterdienst
- 8.2. Baumfällliste
- 9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 10. Anregungen

zu 3 Mitteilung des Oberbürgermeisters zum Hochwasser in Halle

Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses, sprach im Namen des Ausschusses einen Dank an alle freiwilligen Helfer, Einsatzkräfte im Katastrophenstab und Herrn Dr. Wiegand als Leiter des Katastrophenstabes aus. Sie übergab nunmehr das Wort an den Oberbürgermeister.

Herr Dr. Wiegand, Oberbürgermeister, informierte ausführlich über den Ablauf und die Arbeit im Katastrophenschutzstab sowie die Auszahlung der Soforthilfe und über die Beseitigung der Schäden, die durch das Hochwasser im Juni 2013 in der Stadt Halle entstanden sind.

Frau Krausbeck teilte mit, dass das Thema nochmals in der Juli-Sitzung auf die Tagesordnung genommen werde. Sie gab jetzt die Möglichkeit von Nachfragen.

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, möchte gern wissen, ob alle Maßnahmen, welche im Hochwasserbericht von 2011 festgelegt wurden, umgesetzt wurden bzw. was angedacht sei. Sollen die Bäume auf dem Gimritzer Damm gefällt werden? **Herr Dr. Wiegand** teilte mit, dass die erforderlichen Maßnahmen neu aufbereitet werden.

Herr Scholtyssek regte an, dass die Stadt die Notwendigkeit der Deichpflege am Gimritzer Damm beim Land nachbereiten werde. Weiterhin regte er an, dass der Gimritzer Damm möglichst hoch aufgeschüttet werde.

Herr Misch, CDU-Fraktion, wies darauf hin, dass im Mai 2011 ein Maßnahmenkatalog erstellt wurde. Im Jahr 2012 hätte es einen Bericht mit Informationen geben müssen, welche Maßnahmen eingeleitet wurden. **Herr Johannemann, stellvertretender Fachbereichsleiter Umwelt**, teilte mit, dass eine abschließende Entscheidung nie getroffen werden konnte, da ein Ergebnis der Gespräche fehlte.

Herr Misch merkte an, dass die Pumpen im Gimritzer Damm hätten nicht ausfallen müssen, wenn die dortige Elektrizität wasserdicht gewesen wäre. Dies sei heute zu Tage keine Hürde mehr. **Herr Johannemann** merkte an, dass dies in die Gesamtauswertung des Ereignisses einfließen werde.

Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE., möchte gern wissen, wie die weitere Begutachtung der Schäden erfolge und ob es dann Veränderungen bei den bisher geplanten Investitionen geben werde. **Herr Johannemann** teilte mit, dass innerhalb der Verwaltung der Auftrag erteilt wurde, alle Schäden aufzunehmen. Der Geschäftsbereich I koordiniere dies.

Herr Scholtyssek merkte an, dass zu Beginn nur eine Sandsackfüllstation errichtet wurde und später erst weitere hinzukamen. Weiterhin hätten Gebäude (zum Beispiel das Seniorenheim St. Cyriaci) geschützt werden können, wenn Pumpen bereitgestellt worden wären. Er bat um Berücksichtigung im Bericht.

zu 4 Genehmigung der Niederschriften

zu 4.1 Genehmigung der Niederschrift vom 11.04.2013

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten vom 11.04.2013.

Frau Krausbeck bat um Abstimmung der Niederschrift.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Frau Krausbeck teilte mit, dass derzeit eine Liste im Umlauf sei. Auf dieser könne eingetragen werden, wer sich an einer Einsparung von Papier in diesem Ausschuss beteiligen möchte. In der Sitzung am 11.04.2013 wurde dies durch Herrn Dr. Diaby angeregt.

zu 5 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beteiligung der Stadt Halle an der Earth Hour-Aktion Vorlage: V/2013/11636

Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt und übergab das Wort an den Antragsteller.

Herr Sommer, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, erläuterte die Einbringung des Antrages seiner Fraktion.

Frau Wildgrube, Referentin für Ordnung und Sicherheit, teilte mit, dass eine Untersuchung ergeben habe, dass die Ab- und Wiederanschaltung sowie die Arbeitskraft

mehr Kosten verursache als das Laufenlassen. Aus symbolischer Sicht befürworte man jedoch den Antrag.

Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE., merkte an, dass es wichtiger sei, bei den Bürgern mittels eines Kommunikationskonzeptes das Bewusstsein zu erzeugen, das Strom gespart werde. **Herr Misch, CDU-Fraktion**, wies darauf hin, dass mit der Übertragung der Straßenbeleuchtung an die Stadtwerke kostengünstigere Leuchtmittel eingesetzt wurde. Wenn die Abschaltung zentral erfolgen könnte, würde er dem Antrag zustimmen. So seien aber der Aufwand und die Kosten zu groß. Ein Hinweis im Amtsblatt zu Energiesparen wäre zu befürworten. Es sollten die Mitarbeiter der Verwaltung und der Fraktionen jedoch erst einmal selbst auf ihre Räume achten.

Frau Krausbeck, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, wies darauf hin, dass dieser Akt ein symbolträchtiger Akt und daher sichtbar sei.

Frau Raab, FDP-Fraktion, teilte mit, dass eine Erhöhung der Strompreise wirkungsvoller wäre als eine Abstellung.

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, wies darauf hin, dass zum Beispiel eine Abschaltung von Ampeln abends mehr bringe.

Herr Köck, Fraktion DIE LINKE., merkte an, dass nicht nur das Symbol betrachtet werden solle, sondern geprüft werde, wo mehr Energie eingespart werden könne.

Frau Burghardt, sachkundige Einwohnerin, teilte mit, dass es ihrer Meinung nach peinlich sei, wenn sich eine Stadt wie Halle nicht an der Aktion beteilige. Der erste Schritt sei das Mitmachen, dann könne man weitere Einsparungen prüfen.

Weitere Wortmeldung gab es nicht.

Frau Krausbeck bat um Abstimmung der sachkundigen Einwohner.

Abstimmungsergebnis: mit Patt abgelehnt

Frau Krausbeck bat nun um Abstimmung der Stadträte.

Abstimmungsergebnis: mit Patt abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, sich im Jahr 2014 und fortführend am Aktionstag Earth Hour zu beteiligen und entsprechend auch auf die Beteiligung kommunaler Unternehmen einzuwirken.

zu 6.2 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zu Mitgliedschaften der Stadt Halle Vorlage: V/2013/11533

Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt und teilte mit, dass der Änderungsantrag der FDP-Fraktion im Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung durch den Antragsteller als erledigt erklärt wurde. Sie übergab nunmehr das Wort an den Antragsteller des Hauptantrages.

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, begründete die Antragstellung seiner Fraktion.

Herr Paulsen, Grundsatzreferent, begründete die Einbringung des Änderungsantrages durch den Oberbürgermeister.

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, wies darauf hin, dass für Projekte keine Mitgliedschaft notwendig sei. Bei Treffen des Klima-Bündnisses war die Stadt nie anwesend, da Reisekosten nicht aufwendbar waren.

Herr Dr. Köck, Fraktion DIE LINKE., teilte mit, dass das UfU seit den Wendejahren in Halle ansässig sei. Derzeit habe dies den Hauptsitz in Berlin und immer noch einen Nebensitz in Halle. Er regte an, dass schon aus historischer Sicht dieses Bündnis beibehalten bleiben sollte.

Frau Krausbeck, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, merkte an, dass dies das einzige Engagement für Umwelt außerhalb der Verwaltung sei. In Magdeburg gebe es dafür sogar eine Förderrichtlinie.

Frau Raab, FDP-Fraktion, wies darauf hin, dass die Stadt für Projekte auch andere Partner finden könne. Sie sei der Meinung, dass mehr Wert auf Projektförderung als auf Mitgliedschaften gelegt werden sollte.

Herr Misch, CDU-Fraktion, merkte an, dass ein Klimaschutzkonzept vorhanden sei und der Fachbereich Umwelt sehr gute Arbeit leiste. Jeder Bürger könne sich ausführlichst und kompetent beraten lassen. Er sei der Meinung, dass durch einen Austritt aus der Mitgliedschaft kein Einbruch bei Umweltfragen entstünde. Weiterhin finde er es ungerecht, dass für Kinderbildung die Eltern selbst zahlen müssen, bei der Erwachsenenbildung jedoch keine Selbstfinanzierung stattfinde.

Frau Krausbeck merkt an, dass sie bei der Finanzierung anderer Meinung sei. Weiterhin wies sie darauf hin, dass das Konzept noch nicht gut genug sei. Sie setze sich weiterhin für die Mitgliedschaft ein. Eventuell könne jedoch der Beitrag minimiert werden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Frau Krausbeck bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mit Patt abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Kündigung / die Reduzierung der Beitragshöhe folgender Mitgliedschaften zum nächstmöglichen Zeitpunkt:

Kündigung:

- Klima-Bündnis Alianza del Clima/Climate Alliance e. V. (1.300,00 €)
- Landesvereinigung für Gesundheit Sachsen-Anhalt e.V. (1.025,00 €)
- ~~German Industry & Commerce (Taicang) Co. Shanghai (15.192,00 €)~~
- **UfU – Unabhängiges Institut für Umweltfragen e. V. (5.000,00 €)**

Reduzierung Beitragshöhe:

- Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland (~~erhebliche Beitragsreduzierung~~ Betragsreduzierung von mind. 50%)
- ~~UfU – Unabhängiges Institut für Umweltfragen e. V. (1.000,00 € statt 5.000,00 €)~~

**zu 6.2.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zu Mitgliedschaften der Stadt Halle [V/2013/11533]
Vorlage: V/2013/11600**

Abstimmungsergebnis: abgesetzt

Anmerkung: Der Antrag wurde im Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung seitens des Antragstellers als erledigt erklärt.

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

Der Stadtrat beschließt die Kündigung / die Reduzierung der Beitragshöhe folgender Mitgliedschaften zum nächstmöglichen Zeitpunkt:

Kündigung:

- Klima-Bündnis Alianza del Clima/Climate Alliance e. V. (1.300,00 €)
- Landesvereinigung für Gesundheit Sachsen-Anhalt e.V. (1.025,00 €)
- German Industry & Commerce (Taicang) Co.Shanghai (15.192,00 €)
- **UfU – Unabhängiges Institut für Umweltfragen e. V. (5.000,00 €)**

Reduzierung Beitragshöhe:

- Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland (~~erhebliche Beitragsreduzierung auf max. 5.000,00 € p.a.~~)
- ~~UfU – Unabhängiges Institut für Umweltfragen e. V. (1.000,00 € statt 5.000,00 €)~~

**zu 6.2.2 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zu Mitgliedschaften der Stadt Halle (V/2013/11533)
Vorlage: V/2013/11661**

Abstimmungsergebnis: abgelehnt

Anmerkung: Auf Antrag der Ausschussvorsitzenden wurden die einzelnen Mitgliedschaften getrennt voneinander abgestimmt. Beschlüsse wie folgt gefasst:

Streichung der Kündigung der Mitgliedschaft im Klima-Bündnis: mit Patt abgelehnt
(5 Ja-Stimmen,
5 Nein-Stimmen)

Streichung der Kündigung der Mitgliedschaft in der Landesvereinigung für Gesundheit:
mehrheitlich abgelehnt
(3 Ja-Stimmen,
5 Nein-Stimmen,
2 Enthaltungen)

Beschlussvorschlag:

Die Punkte „Kündigung der Mitgliedschaft im Klima-Bündnis“ und „Kündigung der Mitgliedschaft in der Landesvereinigung für Gesundheit“ werden gestrichen.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 7.1 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Feuerwehrbeschaffungskartell Vorlage: V/2013/11758

Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt. Die Antwort auf die Anfrage wurde schriftlich allen Mitgliedern des Ausschusses zur Verfügung gestellt. Ergänzungen dazu gab es nicht.

zu 8 Mitteilungen

zu 8.1 Bericht zum Winterdienst

Die Information zum Winterdienst wurde allen Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt. Diese wurde zur Kenntnis genommen. Nachfragen wurden nicht gestellt.

zu 8.2 Baumfällliste

Die Information „Baumfällliste“ wurde allen Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt. Diese wurde zur Kenntnis genommen.

Frau Krausbeck, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, wies darauf hin, dass der Verwaltung diesbezüglich Anfragen vorab der Sitzung zugegangen seien. Sie möchte gern wissen, ob die Verwaltung schon darauf Antworten habe. **Herr Johannemann, stellvertretender Fachbereichsleiter Umwelt**, teilte mit, dass die Antworten kurz vor dem Abschluss seien und diese in naher Zukunft schriftlich zur Verfügung gestellt werden.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, wies darauf hin, dass seine Fraktion die Verwaltung darauf hingewiesen habe, dass die Tiefgarage des MMZ derzeit wegen Hochwasser nicht genutzt werden könne. Es haben jedoch 218 Dauerparker einen Stellplatz dort angemietet. Seine Fraktion habe deshalb eine Anregung gegeben, wohin die Dauerparker in unmittelbarer Nähe ausweichen können. Er möchte gern wissen, ob die Verwaltung schon darauf antworten könne. **Frau Wildgrube, Referentin für Ordnung und Sicherheit**, teilte mit, dass die Verwaltung schriftlich antworten werde.

Frau Krausbeck, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, wies darauf hin, dass die Verwaltung ursprünglich die Beschlussvorlage zum Neubau des Gerätehauses der Freiwilligen Feuerwehr Trotha in diese Sitzung einbringen wollte. Sie fragte an, wann die Beschlussvorlage eingebracht werde. **Frau Wildgrube** informierte, dass dies in der Juli-Sitzung erfolge.

Frau Krischok, sachkundige Einwohnerin, teilte mit, dass sie mehrfach (unter anderem vor der Huttenschule) festgestellt habe, dass in Eingangsbereichen von Schulen vor Fußgängerüberwegen das Verkehrszeichen „Tempo-30-Zone“ aufgestellt sei. In einer mündlichen Anfrage in einer Sitzung des Ausschusses vor einigen Monaten habe die Verwaltung mitgeteilt, dass eine solche Kombination rechtlich nicht möglich sei. Sie möchte gern wissen, an welchen Stellen und warum dort eine solche Regelung trotzdem existiere. **Herr Müller, Fachbereichsleiter Sicherheit**, sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Es gab keine weiteren Anfragen.

zu 10 Anregungen

Herr Misch, CDU-Fraktion, wies darauf hin, dass zum Thema Bäume im Ausschuss sehr ausführlich diskutiert wurde. Die Verwaltung antwortete auf eine Anfrage, dass für eine qualitative Baumpflege Haushaltsmittel von über 20 Millionen Euro benötigt werden, Geld, welches aufgrund der Haushaltssituation nicht vorhanden sei. Gleichwohl gebe es aber Fraktionen und Ausschussmitglieder, welche zum Beispiel im Rahmen des Umwelttages eine Umfrage zur Erhöhung des Baumbestandes durchführen. Dies sei nicht sinnvoll. Er regte an, dass das Wissen jedes Einzelnen in die Gliederungen weiter zu tragen sei.

Für die Richtigkeit:

Datum: 26.06.13

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

Elisabeth Krausbeck
Ausschussvorsitzende

René Müller
Protokollführer